

# Amts- und Anzeigebblatt

Für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. 75 Pf. oder monatlich 1 Mk. 25 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Das Blatt überträgt — ohne aber sonstiger Verantwortlichkeit — den Inhalt der Zeitung, der Zeitungen aber der Anzeigenschriften — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung sowie auf Zahlung des Bezugspreises.

Verl.-Abz.: Amtsblatt.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterkützengrün, Wildenthal usw.**

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.  
66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die Kleinspaltige Zeile 25 Pf., im Restmeteil die Zeile 60 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 65 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Preis pro Nr. 110.

Nr. 242.

Sonnabend, den 18. Oktober

1919.

**Bewegungsreinigung der Geschäftsräume**  
am 24. und 25. Oktober 1919  
nur dringliche Angelegenheiten erledigt.  
Eibenstock, den 4. Oktober 1919.

Das Amtsgericht.

## Rückgabe der Fleischmarkentaschen

Sonnabend, den 18. dts. Mts.

in der städtischen Lebensmittelabteilung.  
Eibenstock, den 17. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

## Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 18. dts. Mts., vormittags von 8 Uhr an. Kopfmenge: 100 g **Büchsenfleisch** und 40 g **Wurst** auf **Reichsfleischmarken** und 100 g **amerikanisches Schweinefleisch** auf **Marke IV 14** der **Einfuhrzulasskarte** für ausl. **Postfleischfleisch**. Kinder erhalten die  **Hälfte**. Urlauber erhalten **Fleisch** im **Geschäfte** von **W. Dautenhahn**, **Wohrenstraße**.

Eibenstock, den 16. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

## Kartoffelpreis.

Der Kleinverkaufspreis für Kartoffeln, die auf **Marke K** und folgende Marken bezogen werden, beträgt **18 Pf.**

Eibenstock, den 17. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

## Der Bazillus der Aufregung.

Zu den wilden Gerüchten über bevorstehende größere Knappheit an verschiedenen Lebensmitteln, die in dem lautgewordenen Umfange nicht begründet und nur zu dem Zweck ausgepöbelt sind, die Preise in die Höhe zu treiben und Bucherern und Schleichhändlern neue Millionen in den Schoß zu werfen, gesellen sich andere Alarmreden, daß zum Jahresende der deutschen Revolution von 1918 (9. November) größere Unruhen bevorstünden. Ueber die Erzählungen von monarchistischen Umsturzplänen ist man ziemlich gleichgültig fortgegangen, die Gerüchte von neuen spartakistischen Umtrieben werden im Volke ernst genommen, weil Tausende unter solchen Unruhen in zahlreichen deutschen Städten schwer gelitten haben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die Reichsregierung, durch Entschlossenheit die Erregung zu beseitigen, die durch die heimlichen Pläne einer Gruppe von egoistischen Menschen bewirkt wird. Die Parole heißt, nicht nur Unruhen niederzuschlagen, sondern ihnen vorbeugen.

In der Nationalversammlung in Berlin ist vorige Woche in der Rede eines radikalen Abgeordneten ausgesprochen, die „Regierung des Präsidenten Ebert würde vielleicht nicht länger dauern, als die eines Schützengängers“, das heißt, die heutige Regierung werde durch eine solche des äußersten sozialistischen Flügel beseitigt werden. Zugleich damit ist in unabhängigen Zeitungen geschrieben, die Reichswehr müsse nach dem Baltikum geschickt werden, um die Truppen der Eisernen Division zur Heimkehr zu zwingen, obwohl vorauszusehen ist, daß sich der Rückmarsch dieser Mannschaften schließlich von selbst vollziehen wird, und ganz ausgeschlossen ist, daß deutsche Soldaten aufeinander schießen werden. Es ist aber naheliegend, daß solche Worte und Zeitungsartikel die wilden Gerüchte steigern müssen, denn mit einem Abmarsch der Reichswehr nach dem Osten wäre den Umsturzbestrebungen das größte Hindernis aus dem Wege genommen.

Ein solcher Abmarsch unserer Soldaten ist ausgeschlossen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß die Entente im Ernste solche Forderungen stellen könnte, die Deutschland in Gefahr brächten, dem verkappten oder offenen Bolschewismus anheim zu fallen. Ministerpräsident Clemenceau in Paris hat in seiner letzten Rede vor wenigen Tagen gesagt: „Wir können kein bolschewistisches Deutschland gebrauchen.“ Die Entente wird sich also auch hüten, die Geschäfte der deutschen Spartakisten zu besorgen, die, von Schlimmerem noch ganz abgesehen, Deutschland jedenfalls zahlungsunfähig machen würden.

Wer im Herbstanfang 1918 bei Nacht durch Deutschland in der Eisenbahn fuhr, der sah fortwährend die hell erleuchteten Fenster der Munitions- und Materialfabriken, in welchen rastlos für die Front gearbeitet wurde. Wer daran denkt, der fragt sich immer wieder wie schon ein halbes Jahr später Arbeitslosigkeit und Streikfieber in Deutschland grassieren konnten, wie Tausende plötzlich wie ausgetrocknete waren. Statt wie früher von der Opferlichkeit wird immer wieder von der Möglichkeit schwerer innerer Unruhen gesprochen, die uns immer mehr in Mißkredit vor dem Auslande bringen, den Wert der deutschen Reichsmark immer mehr herabdrücken, den Preis der Lebensmittel aus dem Auslande immer mehr verteuern müssen. Der Ba-

zillus der Unruhe zieht uns das Mark aus den Knochen und das Geld aus den Taschen. Mit Pulvern und Tränken ist dieses Leiden, wie wir uns nun wohl überzeugt haben, nicht zu kurieren. Es muß schärfer eingeschritten werden.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die deutsche Antwort an Hoch. Dem Vertreter des Marschalls Hoch ist Donnerstag eine Note übergeben worden, in der die deutsche Regierung nochmals die Tatsachen zusammenstellt, die beweisen, daß sie keine Veranlassung gegeben hat, daß von der Entente so einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, wie sie in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen vorgesehen sind. Ferner wird darauf hingewiesen, daß Graf von der Goltz endgültig abberufen und nach Berlin befohlen ist und General von Eberhardt als Nachfolger den Befehl übernommen hat. Schließlich heißt es: Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten anerkannt, noch mit einer solchen in irgendwelcher Verbindung gestanden. Sie hat den deutschen Soldaten strengstens verboten, in russische Formationen einzutreten, und mit denjenigen, die dies trotzdem getan, jede Vermittlung abgebrochen. Es befindet sich bei den russischen Kampftruppen im Baltikum kein einziger deutscher Soldat, über den die deutsche Regierung noch eine Befehlsgewalt ausüben könnte. In den Kämpfen des Generals Bermont sind keine deutschen Kommandos unterstellten Truppen beteiligt. Die politischen und militärischen Pläne des Generals Awaloff-Bermont hat sie in keiner Weise gebilligt. Deutschland hegt weder gegen die Letztere, noch gegen die russische Regierung irgendwelche kriegerische Absichten. Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen eine internationalisierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bittet, diese Kommission so bald als möglich abreisen und zur Besprechung mit hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommission wird sich durch ihr eigenes Urteil überzeugen, daß die gegen die deutsche Regierung erhobenen Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Die Entente vergeudet Deutschlands Volkvermögen. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte Reichsfinanzminister Dr. Meyer mit, daß voraussichtlich in der Mitte der nächsten Woche zwei Ueberwachungs-ausschüsse der Alliierten in Berlin eintreffen, für deren Unterbringung vier große Hotels und die Militärakademie in Aussicht genommen seien. Insgesamt werden schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung der gesamten Besatzungsarmee der Alliierten 2½ bis 3 Milliarden jährlich betragen. Diese Mitteilungen des Reichsfinanzministers rufen im Ausschusse allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister bemerkt, daß dies eine bedauerliche Abzugaung deutscher Kapitalkraft darstellt. Der Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) erklärte, die Ansprüche der Entente gehen weit über das Maß der Billigkeit hinaus. Solche Bedingungen müßten den Ruin Deutschlands zur Folge haben. Im Anschluß daran

wies Abg. Fall (Dem.) auf das anmaßende Verhalten der Soldaten und Offiziere im besetzten Gebiet hin. Es werde für Deutschlands Rechnung ungeheure Verschwendung getrieben.

Eine Satire auf den Frieden. Die „Times“-Meldung aus Paris, daß die Bekanntgabe des Friedenszustandes mit Deutschland bis zur Erledigung des Baltikumkonfliktes zurückgestellt worden sei, mag, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, politisch unwahrscheinlich. Vielleicht geht, wie das genannte Blatt sagt, die „Times“-Meldung von der Erwägung aus, daß der Friedenszustand die kriegerischen Maßnahmen unmöglich machen würde, mit denen der Verband am 27. September Deutschland bedroht hatte. Aber solche Konstruktionen würden nicht aufkommen können gegen die Erkenntnis des Willens und der völligen Korrektheit der Reichsregierung in den baltischen Angelegenheiten, sowie der unabsehbaren Nachteile, welche für die ganze Welt ein dauernder Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden hätte. — Im „Vorwärts“ wird gesagt, es müßte wie eine Satire auf den Frieden wirken, wenn nach seinem Inkrafttreten die völlige Blockade der deutschen Ostseeküsten und selbst auch des Fischereiverkehrs in Kraft bliebe. Auch in den baltischen Angelegenheiten sei zu hoffen, daß von nun ab in den Verhandlungen nicht mehr der Ton des Siegers gegenüber dem Besiegten angeschlagen werde, sondern daß man die im internationalen Verkehr üblichen Formen der Höflichkeit auch uns gegenüber erneut einführe.

Die Unstetigkeit der deutschen Valuta vor dem Auslande hat eine ebenso unerfreuliche Schwester in der Unsicherheit der deutschen Arbeitsleistungen bekommen. Die erste Erscheinung zieht uns das Geld aus dem Portemonnaie, die letztere verhindert, daß wieder Geld hinein kommt. Die Vorkriegsleistungen der deutschen Industrie stehen bei dem Auslande in so gutem Gedächtnis, daß von dort immer wieder Neubestellungen bei den deutschen Werken unter der Voraussetzung eingehen, daß pünktlich geliefert wird. Und da sich die Besteller sicher machen müssen, so machen sie Konventionen für den Fall der Nichteinhaltung des Lieferungs termins zur Bedingung. Nun kommt aber der wunde Punkt. Wie sollen die deutschen Fabriken die Gefahr einer hohen Konventionalstrafe übernehmen, da sie mit der Möglichkeit von wilden politischen Streiks und des Ausbleibens von Kohlentransporten rechnen müssen? So schwer es ihnen wird, so bleibt ihnen doch nichts weiter übrig, als die Bestellungen abzulehnen, wie es jetzt vielfach geschehen ist. Die Bestellungen werden dann fremden Konkurrenten erteilt, und alle Kunden sind der deutschen Industrie verloren.

Die Diebstahlsziffer. Ueber manche Ausgabeziffern und Verlustposten haben wir die Köpfe geschüttelt, aber wohl über keine mehr, als über die 160 Millionen Mark, die in diesem Jahre bei den preussischen Staatsbahnen zur Entschädigung für die Diebstähle gezahlt worden sind. Im Frieden kam einschließlich der Verluste bei Unglücksfällen noch nicht der zwanzigste Teil heraus. Diese Schiedungen durch Hilfsbeamte sind um so trauriger, als sie nicht einmal durch eine Kotlage der Schuldigen erklärt werden können, denn die Eisenbahner bekommen doch wirklich heute eine genügende Be-